

Es rumpelt schon wieder

Neue Tiefschläge in der Koalition: Pinochet-Vergleich der CSU empört die FDP. Liberale geben den Bayern Schuld am schlechten Image

Wenige Tage vor der Zitterpartie der Präsidentenwahl in Berlin ist in der Bundesregierung erneut ein erbitterter Streit zwischen CSU und FDP ausgebrochen. Die bayerische CSU-Familienministerin Christine Haderthauer warf den Liberalen vor, konzeptlos "zwischen Klientelpolitik für Superreiche und sozialistischer Familienpolitik à la Pinochet" herumzuschlingern. Die Liberalen hatten vorgeschlagen, das Elterngeld bei nicht berufstätigen Eheleuten zu streichen.

Die FDP-Vizechefin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger wies die Anwürfe Haderthauers empört zurück. "Wer zu derart unsäglichen und historisch unzutreffenden Vergleichen greift, stellt sich selbst ins politische Abseits. Das habe ich gar nicht weiter zu kommentieren", sagte die Bundesjustizministerin in einem Interview mit der "Welt am Sonntag". Wer nicht erwerbstätig sei, solle auch keine Lohnersatzleistung wie das Elterngeld beziehen, sagte Leutheusser. "Diese Diskussion hat die FDP zu Recht angestoßen", sagte sie. Guido Westerwelle würde zu Unrecht wegen des schlechten Starts der Koalition kritisiert. "Daran tragen alle Koalitionspartner Schuld, vor allem die CSU", sagte Leutheusser.

Nach wechselseitigen Beschimpfungen als "Gurkentruppe", "Rumpelstilzchen" oder "Wildsau" hatten die Parteichefs der Koalition zuletzt eindringlich zur Zurückhaltung bei innerkoalitionärer Kritik gemahnt. Haderthauers Vergleich stieß deshalb nicht nur in der FDP auf

Empörung, er sorgte auch in der CSU für hochgezogene Augenbrauen. Denn eigentlich wollte sich die CSU gestern auf ihrem Landesparteitag in Nürnberg als stabiler Faktor der Koalition in Berlin präsentieren. Dazu gehörte das klare Votum für Christian Wulff als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten und die Verteidigung des Sparpakets durch CSU-Chef Horst Seehofer. Der Pinochet-Vergleich ließ die Inszenierung platzen.

Eine erneute Störung des Koalitionsfriedens war genau das, was der CSU-Vorsitzende an diesem Tag vermeiden wollte: "Stil ist Ausweis unserer Qualität. Das nehme ich nicht mehr hin. Auch wenn es gute Freunde sind. Ich kann doch nicht jede Woche solche Einwürfe gebrauchen", sagte Seehofer der "Welt am Sonntag". Seine Haltung umriss er am Rande des Parteitags folgendermaßen: "In der Sache Ja, im Ton Nein. Das ist nicht CSU-Sprache."

Inhaltlich teile er aber die Kritik an den FDP-Vorschlägen. Wenn Eltern wegen der Kinder zu Hause bleiben, sei das ein Lebensentwurf. Es sei fraglich, ob die Politik das Recht habe, sich hier einzumischen. Auch bei Familienministerin Kristina Schröder (CDU) stieß der Vorstoß der FDP auf klaren Widerspruch. Familien brauchten "Verlässlichkeit und nicht jede Woche neue Sparvorschläge".

Besonders bei den Mitgliedern der CSU-Landesgruppe sorgte Haderthauers Attacke für Ärger: "Man muss im Interesse unserer Freunde und Anhänger ordentlicher miteinander umgehen. Wenn schon

solche Reflexe aktiviert werden, dann bitte gegen die Sozialisten und Kommunisten" und nicht gegen die Koalitionspartner, sagte CSU-Landesgruppenchef Hans-Peter Friedrich. Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg gab sich angesichts der neuen Tiefschläge innerhalb der Koalition ironisch: "Die Appelle für einen stillvolleren Umgang fruchten doch. Sie werden zumindest sukzessive umgesetzt", sagte er.

Markus Ferber, Europaabgeordneter und Chef der schwäbischen CSU, zeigte sich über diese "interessante Facette" der Interpretation südamerikanischer Geschichte erstaunt. Haderthauer hatte von "sozialistischer Familienpolitik à la Pinochet" gesprochen. Eine Sprecherin Haderthauers erklärte der "Welt am Sonntag", die Ministerin habe auf die Politik von Bildungsgutscheinen anspielen wollen, die Pinochet betrieben habe. Die galt allerdings nicht als sozialistisch, sondern wurde bisher als neoliberal kritisiert. Der CSU-Wirtschaftspolitiker Hans Michelbach versuchte sich in Schadensbegrenzung: "Die Koalition stabilisiert sich. Die Einwürfe von Frau Haderthauer werden nicht so ernst genommen."

Haderthauer war auf dem Parteitag nicht erschienen. In Parteikreisen hieß es, dass sie wohl etwas anderes zu tun gehabt habe, nachdem Seehofer mit ihr telefoniert hatte.

pi /ccm

Essay Seite 3, Interview Seite 6